

**Günther W. Dill,  
Georgeta Voinea:**

## **Das Europäische Parlament hat grünes Licht gegeben für den EU-Beitritt Rumäniens**

*Politischer Kurzbericht der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bukarest, April 2005, elektronisch verfügbar unter <[www.kas.de/publikationen/2005/6535\\_dokument.html](http://www.kas.de/publikationen/2005/6535_dokument.html)>*

Die Erweiterung der Europäischen Union schreitet voran. Am 13. April 2005 hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Rumänien und Bulgarien beschlossen. Der Beitritt soll am 1. Jänner 2007 erfolgen.

Im Vorfeld der Entscheidung gab es zwischen dem Rat und dem Parlament Auseinandersetzungen über die Mittelvergabe nach dem Beitritt bis zum Ende der Legislaturperiode 2009. Die Kosten für den Beitritt beider Länder betragen von 2007 bis 2013 die stolze Summe von etwa 44 Milliarden Euro.

Innerhalb der deutschen Parlamentsabgeordneten gab es unterschiedliche Auffassungen über die eklatanten Defizite bei der Erfüllung der Beitrittskriterien etwa in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, Pressefreiheit und Justizwesen. Vorgeschlagen wurde von einigen Abgeordneten ein Aufschub der Vollmitgliedschaft bis etwa 2009, dann aber ein Beitritt eventuell gleichzeitig mit Kroatien.

Das Parlament würdigte die Fortschritte Rumäniens bei den Reformen zur Stärkung der Medienfreiheit und die verbesserte Situation der Roma-Minderheit.

Defizite werden geortet bei der Verwaltungs- und Justizreform, beim Kampf gegen die Korruption, bei der Beseitigung von Gewalt und Diskriminierung von Minoritäten, bei der Behandlung von psychisch Kranken, den Grenzkontrollen, der Reduzierung staatlicher Industriesubventionen und der Stärkung des Umweltschutzes.

In einer Umfrage vor zwei Jahren (Future of Europe) waren nur 41 Prozent der EU-Bürger für einen Beitritt Rumäniens, damit zählten Rumänien, die Türkei und Russland zu den am wenigsten beliebten Kandidaten. Besonders in Deutschland wollten 60 Prozent der Befragten nur Ungarn als neues Mitglied sehen, die Türkei mit 30 Prozent Zustimmung war sogar eher willkommen als Rumänien mit nur 22 Prozent Pro-Stimmen. Besonders Rumänen-freundlich zeigten sich die Dänen mit 65 Prozent und die Italiener mit 60 Prozent Akzeptanz.

In Rumänien selbst gibt es weniger Euphorie über den möglichen Beitritt zur EU als angenommen. Man ist sich der schwierigen Situation bewusst, fristgerecht alle Beitrittskriterien erfüllen zu müssen und die anstehenden Reformen auch voll durchführen zu können. Premierminister Tariceanu kündigte eine Informationskampagne an, die einerseits die Rumänen über die EU andererseits die EU-Bürger über Rumänien informieren soll.

Die Auswirkungen der positiven Entscheidung des EU-Parlamentes beschäftigen die rumänische Politik zunehmend, da bis zum nächsten EU-Kommissionsbericht besonders der Kampf gegen die Korruption Wirkung zeigen muss. Auch die Folgen eines Beitritts für die rumänische Landwirtschaft, die dann einer hochtechnisierten und hocheffizienten Agrarproduktion gegenüberstehen wird, müssen bedacht werden.

Fast erscheint es, dass man sich in Rumänien der Probleme und Schwierigkeiten eines EU-Beitrittes mehr bewusst ist als in der EU selbst. Andererseits ist der Beitritt eine einmalige Chance für Rumänien, an der demokratischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung Europas teilzuhaben und die längst überfälligen inneren Reformen angehen zu können.

**Ursula Sedlaczek**